- c) Unterhaltsverpflichtung gegenüber den Kindern,
d) Regelung des elterlichen Sorgerechts.

Schwierigkeiten bestehen bei der Festsetzung des Streitwerts nicht, da sich für a) eine ständige Praxis herausgebildet hat, b) und c) feste Werte haben und höchstens bei d) die Frage auftaucht, ob z. B. ein Einheitsstreitwert von etwa 500 DM angenommen werden soll oder ob die Sorgerechtsregelung kostenrechtlich nicht besser ganz freigestellt wird. Wohl aber macht es einen wesentlichen Unterschied, ob z. B. die Beweisgebühr der Anwälte allein nach dem Wert unter a) oder nach dem zusammengefaßten Wert von a) bis d) berechnet wird. Es besteht zudem noch je nach Lage des Falles die Möglichkeit, daß nur zu a) und b) oder auch nur zu einem Teil der Entscheidung Beweis erhoben worden ist. Der Kostensachbearbeiter steht dann vor der für ihn nur schwer lösbaren Aufgabe, bei verschiedenen lautenden Festsetzungsanträgen der Anwälte zunächst aus eigener Sachkenntnis zu entscheiden, ob und zu welchen Einzelpositionen Beweis erhoben worden ist.

Möglicherweise beseitigt die Praxis diese insbesondere von den Sekretären in Betracht gezogenen Schwierigkeiten schneller als jetzt angenommen werden kann. Befriedigend ist diese weitere Komplizierung des Kostenrechts jedoch keineswegs. Es sollte deshalb erwogen werden, in Abweichung von den bisherigen Bestimmungen für die nach der Verordnung durchzuführenden Verfahren einen einheitlichen Streitwert festzusetzen, der alle geltend gemachten Einzelansprüche umfaßt (ähnlich der Kostenregelung im sowjetischen Familienrecht). Die gesamte Gebührenberechnung könnte dann von diesem einheitlichen Streitwert ausgehen.

HORST FINCKE,
Oberrichter am Stadtgericht von Groß-Berlin

Hinweise zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet des Zivilrechts

1. Die Bedeutung des zivilrechtlichen Anschlußverfahrens liegt darin, schnell und einheitlich über alle mit einem bestimmten Vorgang verbundenen Rechtsfragen zu entscheiden. In der Praxis werden aber noch zu viele Schadensersatzansprüche nur deshalb dem Grunde nach im Strafverfahren entschieden und an die Zivilkammern zur weiteren Verhandlung und Entscheidung abgegeben, weil erforderliche Nachweisun-

gen, Beweismittel und Sachanträge nicht oder nicht richtig vorhanden sind. Dies liegt nach meinen Erfahrungen daran, daß die Ermittlungsorgane nicht die notwendigen zivilrechtlichen Kenntnisse haben und die Geschädigten entsprechend belehren können. Es ist deshalb erforderlich, daß sich die Ermittlungsorgane solche Kenntnisse umgehend aneignen. Als Sofortmaßnahmen schlage ich vor, die Ermittlungsorgane anzuweisen, die Geschädigten und hier vor allem die Träger von Volkseigentum gleich zu Beginn des Ermittlungsverfahrens an die Rechtsantragsstellen der Kreisgerichte zu verweisen, wo dann sachgemäße Anträge zu Protokoll genommen und die Geschädigten auf die notwendige Beibringung von Nachweisungen bzw. Beweismitteln hingewiesen werden können. In der Hauptverhandlung wird dann mehr als bisher der Schadensersatzanspruch der Geschädigten auch der Höhe nach zuerkannt werden können; Verweisungen an die Zivilkammern werden seltener und sind dann tatsächlich nur Fälle des § 270 StPO.

2. Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß das Volkseigentum im Zivilprozeß oft durch Personen vertreten wird, die keine oder nur wenig Rechtskenntnisse haben. Ich führe deshalb seit längerer Zeit in der Volkshochschule Lehrgänge über Fragen des Zivilrechts durch, an denen Mitarbeiter der volkseigenen Wirtschaft und des Staatsapparates teilnehmen, die mit Rechtsangelegenheiten beschäftigt sind. Zur Zeit behandle ich die Verfahrensvorschriften im Zivilrecht und in der Zwangsvollstreckung. Wenn die teilnehmenden Kollegen dadurch auch keine Juristen werden, so erreiche ich doch, daß sie die elementarsten Kenntnisse auf dem Gebiet des Zivilrechts erwerben und ihren Rechtsträger bzw. ihre Verwaltung sachgemäß vertreten.

3. Auch im Zivilprozeß erhält das Gericht Kenntnis von Gesetzesverletzungen am Prozeß nicht beteiligter Personen oder Dienststellen der Wirtschaft und Verwaltung. Im Strafverfahren kann man in solchen Fällen vom Mittel der Gerichtskritik Gebrauch machen. Die Tatsache, daß es eine dem § 4 StPO entsprechende Vorschrift im Zivilprozeß nicht gibt, schließt aber m. E. nicht aus, daß auch das Zivilgericht den entsprechenden Stellen kritische Hinweise zuleitet; das gilt insbesondere dann, wenn der Staatsanwalt am Verfahren nicht teilnimmt, der ja sonst von sich aus eingreifen würde.

JOSEF GINDORF,
Richter am Kreisgericht Mühlhausen/Thür.

Rechtsprechung

Entscheidungen des Obersten Gerichts

Zivilrecht

§§ 54, 56 HGB.

1. Die Vorschrift des § 56 HGB über die für Angestellte in offenen Verkaufsstellen zu vermutende Vollmacht gilt für alle offenen, d. h. jedermann zugänglichen Verkaufsstellen, auch wenn darin Großhandel betrieben wird oder wenn sie zu einem Großhandelsbetrieb gehören.

Die Vermutung des § 56 HGB, der Angestellte sei zur Geldannahme berechtigt, gilt nicht auch für Scheckannahme.

2. Eine solche Vermutung kann aber für die Handlungsvollmacht nach § 54 HGB gelten, wenn der Angestellte zur Kreditgewährung berechtigt ist. Dies wiederum ist zu vermuten, wenn ihm Vordrucke für Kreditgeschäfte zur Verfügung stehen.

Der Ausschluß der Vollmacht zur Empfangnahme des Kaufpreises bedarf dann eines Anschlages in der Verkaufsstelle oder eines Vermerks in den Bestellungen-Vordrucken.

Der Handeltreibende muß die Folgerungen aus den Tätigkeiten gegen sich gelten lassen, die er vornimmt oder geschehen läßt.

OG, Urt. vom 4. August 1955 — 2 Zz 93/55.*)

Aus den Gründen:

Beide Instanzgerichte sind bei der Beurteilung der Handlungsvollmacht von angestellten Verkäufern von unrichtigen Grundsätzen ausgegangen. Es ist weder richtig, daß ein Verkäufer in einem Laden oder offenen Warenlager in jedem Falle berechtigt wäre, vom Kunden Schecks zahlungshalber anzunehmen, wie das Kreisgericht im Ergebnis annimmt, noch trifft es zu, daß § 56 HGB für die Deutschen Handelszentralen infolge ihrer Großhändlereigenschaft schlechterdings nicht gelte, auch wenn in ihren Niederlassungen „von Fall zu Fall“ Maschinen und Fahrzeuge „unmittelbar“ (gemeint: unmittelbar an den Benutzer) verkauft würden.

Darüber hinaus hat das Bezirksgericht aber nicht beachtet, daß die nach § 56 HGB zu vermutende Ermächtigung einen Sonderfall der nach § 54 HGB zu vermutenden Handlungsvollmacht bildet und daher, wenn der angestellte Verkäufer nicht gemäß § 56 HGB zum Empfang des Kaufpreises — oder eines Teiles davon — befugt ist, eine solche Ermächtigung für ihn nach § 54 HGB bestehen kann.

*) Mit diesem Urteil hat das Oberste Gericht auf Grund des Kassationsantrags des Generalstaatsanwalts das Urteil des BG Dresden vom 9. Juli 1954 — 2 SV 124/54 — veröffentlicht mit einer kritischen Anmerkung von Knoche und Länglich in NJ 1955 S. 455) aufgehoben.

Hinsichtlich des Sachverhalts und der Prozeßgeschichte wird auf diese Entscheidung des BG Dresden (Heft 14/1955) verwiesen.
Die Redaktion.